

Lagerkoller - Vom militärischen Scheitern und zivilen Perspektiven im Sahel

Der Ausschuss „Sahel“ der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland VAD hat sich im Jahr 2020 gegründet, weil der westliche militärische und zivile Einsatz im Sahel aus wissenschaftlicher Sicht mit schweren strategischen und operativen Fehlern behaftet ist und die vorhandene akademische und zivilgesellschaftliche Evidenz über Krisenursachen politisch nicht berücksichtigt wurde. In diesem Sinne kommentieren wir die Entscheidung der Bundesregierung, das MINUSMA-Engagement in Mali binnen 18 Monaten auslaufen zu lassen, wie folgt:

Wir sind verblüfft, dass die Entscheidung der Bundesregierung für den Abzug des deutschen Kontingents aus der MINUSMA immer noch nicht das Scheitern des westlichen Militäreinsatzes im Sahel reflektiert. Ihre öffentliche Begründung liest sich so, als sei der Rückzug aus der MINUSMA allein der mangelnden Kooperation der Militärregierung in Mali geschuldet.

Wir sind ebenso verblüfft, dass Bundesregierung und Parlament auch den ausbleibenden Erfolg von Jahrzehnten konventioneller Entwicklungszusammenarbeit im Sahel partout nicht erkennen wollen – trotz vieler guter Projekte das zivile Pendant zum militärischen Scheitern.

Richtig ist: Die existentielle Krise der Staaten und Gesellschaften im westlichen Sahel eskaliert weiter. Die terroristische Bedrohung breitet sich ungebremst nach Süden – in die Länder am Golf von Guinea – aus. Diese katastrophale Lage kann nur unter dem politischen Primat des Zivilen, mit strategisch neu aufgestellter ziviler Zusammenarbeit positiv beeinflusst werden. Die Einschätzung der Lage aus rein militärischer Sicht ist eine Sackgasse. Militär ist wesentlich im Kampf gegen den Terror, aber es kann nur dann effektiv sein, wenn die nationalen Streitkräfte Teil der Lösung werden und nicht Teil des Problems sind.

Ebenso fatal ist es, die zivile Zusammenarbeit in der gesamten Region hauptsächlich von der Präsenz von UN-Truppen abhängig zu machen. Die Militärputsche in den Ländern des Sahel sind durchaus begleitet von einer Aufbruchsstimmung in der Bevölkerung, die nach jahrzehntelanger wesentlich an europäischen und insbesondere französischen Interessen orientierten Entwicklungszusammenarbeit auf einen Neuanfang hoffen mit landwirtschaftlichen und industriellen Zukunftsvorhaben, die die Länder voranbringen und ihrer Situation Rechnung tragen. Wenn keine neuen Wege zur zivilen Zusammenarbeit unter Führung lokaler Kräfte gefunden werden, wird das wie in Afghanistan darauf hinauslaufen, der Region den Rücken zu kehren und die Menschen vor Ort ihrem Schicksal zu überlassen. Die zivilen Akteure sind in Mali, wie in den anderen betroffenen Ländern im Sahel auch, im Kampf gegen den Jihadismus und für ein friedliches Zusammenleben ausschlaggebend. Statt eines Blickes von oben, statt einer zentralstaatlich zentrierten Sicht auf Ministerien und Parlamente müssen die lokalen und regionalen Arenen unterhalb der Ebene der nationalen Eliten die Schlüsselrolle spielen.

Unbestreitbar hatte die MINUSMA in ihrem unmittelbaren Umfeld, insbesondere in größeren Städten, eine begrenzte Schutzfunktion für die Bevölkerung; sie unterstützte lokale Friedensabkommen und entwickelte einige lokal geschätzte Projekte. Das bestätigen auch Experten aus der Region. Seit einiger Zeit aber ist die MINUSMA aufgrund von Entscheidungen der Militärregierung in Mali nur sehr eingeschränkt operativ. Das würde durchaus eine umgehende

Einstellung des Einsatzes rechtfertigen, nicht erst nach eineinhalb Jahren. Mit einem robusten Mandat jedoch und einer angemessenen, gleichberechtigten Beteiligung der nationalen Streitkräfte könnten MINUSMA und auch andere Einsätze in der Region sinnvoll fortgesetzt werden. Die zentrale Rolle dabei kann nur die malische Armee spielen, die mit Unterstützung der Bundeswehr und anderer Partner (Weiterbildung und Ausstattung), in die Lage versetzt werden muss, die Zivilbevölkerung verlässlich zu schützen. Die Entscheidung der Bundesregierung lässt jedoch mit keinem Wort erkennen, ob sie den langen Übergangszeitraum für eine Anpassung von Mandat und Einsatzdoktrin nutzen und davon gegebenenfalls auch die Regierung von Mali und die UNO überzeugen will.

Das vor allem vom Auswärtigen Amt vorgebrachte Argument, zum Schutz der für Februar 2024 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen mit dem deutschen Kontingent vorerst in Mali zu bleiben, gibt eine falsche Orientierung. Denn es orientiert sich erneut an der surrealen Vorstellung freier nationaler Wahlen, die kurzfristig abgehalten werden und eine „Rückkehr“ zur Demokratie einleiten könnten. Diese Vorstellung ignoriert, dass (a) die politische Klasse in Mali (wie auch in Burkina Faso) in breiten Teilen der Bevölkerung vollständig diskreditiert ist und (b) weite Territorien in Mali und Burkina Faso gar nicht mehr unter staatlicher Kontrolle sind und viele weitere Gebiete außerhalb der Städte unter der Kontrolle von Militärgouverneuren und -präfekten stehen.

Grundsätzlich scheint die Bundesregierung weiterhin der Vorstellung zu folgen, dass im Sahel die Rückkehr des alten Staatwesens postkolonialer Prägung in die besetzten Gebiete möglich ist und gewisse „Tendenzen zur Entdemokratisierung“ eingedämmt werden können. Diese Vorstellung trägt dem fortgeschrittenen Staatszerfall in Mali und Burkina Faso keine Rechnung.

Demgegenüber unterstreichen wir die von vielen Akteuren in der Region geteilte Perspektive, dass ein staatlicher Neuaufbau von oben und unten notwendig ist – eine „Refondation de l'Etat“. Der Neuaufbau soll dezentral die vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten in den Regionen des Sahel institutionell aufnehmen, statt ihnen wieder einen unitären Zentralstaat überzustülpen. Daran muss sich auch die Entwicklungszusammenarbeit orientieren und versuchen, in diesen Kontexten differenziert die Wiederherstellung von Frieden und öffentlichen Dienstleistungen zu unterstützen. Auch deutsche Diplomaten und Experten müssen sich in einer vielgestaltigen sozialen Landschaft mit vielen Adressen und Akteuren neu zurechtfinden.

Wir begrüßen aufgrund der erkennbar schwachen Situationsanalyse und mangelnden Zielvorgaben, dass sich die Bundesregierung im Jahr 2023 explizit eine Sahel-Strategie geben will, die sich in die deutsche Nationale Sicherheitsstrategie einordnet. Die Begründung einer neuen Strategie liefert Stichpunkte eines veränderten Ansatzes ziviler Kooperation in der Region. So reflektiert die Absicht, kurzfristige Beschäftigungsperspektiven für die junge Bevölkerung in der Region zu eröffnen, eine der wesentlichen Krisenursachen. Solche Projekte sollten sich jedoch nicht auf Migrationsverhütung konzentrieren.

Die veröffentlichte Begründung der MINUSMA-Entscheidung enthält nichts zur Unterstützung lokaler Gesprächsangebote und Friedensprozesse unter Einbeziehung bewaffneter Kräfte, obwohl genau dies der auch unter militärischen Akteuren in den Sahelländern kritisch diskutierte Punkt ist. Anders als die Machthaber in Mali und ihre russischen Verbündeten glauben machen, kann das Terrorismusproblem nicht allein militärisch gelöst werden, sondern nur durch Gespräche und Verhandlungen mit allen gesprächswilligen Kräften, die seit einiger Zeit auf lokaler Ebene mit Jihadistischen Gruppen auch schon stattfinden. Die bewaffneten Gruppen im Sahel sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Nicht alle Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen haben zu einer besseren Situation für die Zivilbevölkerung geführt und viele Menschen in Mali wollen einfach nur, dass der Terror im Alltag aufhört. Viele setzen aus Verzweiflung auch auf militärische Lösungen, da

ihre Lage sich weiter verschlechtert. Doch wir sollten auch nicht übersehen, dass einige bewaffnete Gruppen NROs akzeptieren, die Dienstleistungen (z. B. im Gesundheitsbereich) erbringen, die sie selbst nicht leisten können, und bieten ihnen unter Umständen sogar Schutz. Das bietet politische Ansatzpunkte.

Wir fragen uns, warum die Bundesregierung immer noch nicht gewillt ist, zu diesen Punkten einen begrenzten Dissens mit unseren französischen Partnern zu formulieren und in der Region auch öffentlich zu machen. Geschieht das weiterhin nicht, riskiert die sie vollständig mit dem Agieren Frankreichs identifiziert zu werden, dem in differenzierten Kritiken von Akteuren aus der Region, aber auch von internationalen (unter anderem französischen) Wissenschaftlern und Thinktanks aus guten Gründen eigenmächtiges, sogar neokoloniales Agieren vorgehalten wird. Die von der Bundesregierung dem eigenen Vernehmen nach beabsichtigte „Strategische Kommunikation“ muss dem unbedingt Rechnung tragen.

Wir sehen in den jüngsten Stellungnahmen der militärischen Führungen von Mali und Burkina Faso deutliche politische Unterschiede. Während die Junta in Mali äußeren Feinde die Schuld für die Krise gibt, scheint die neue Führung in Burkina wesentlich stärker auf die schwere Verantwortung der alten und neuen Eliten im eigenen Land abzuheben. Auch wenn abzuwarten bleibt, wie sich das konkret in Maßnahmen ausdrückt, schlagen wir vor, diese Unterschiede strategisch aufzunehmen bzw. im politischen Austausch auf weitere Differenzierungen und Anpassungen zu drängen.

Wir fordern schließlich in jeglicher Kommunikation von deutscher Seite entschieden gegen manifeste Tendenzen zur Ethnisierung der Konflikte in der Region Stellung zu beziehen, die bewusst eine bestimmte Ethnie als Helfer des Terrorismus denunziert und Milizen anderer Ethnien gegen sie unterstützt. Diese Zuspitzungen basieren vor allem auf lange schwelenden Konflikten zur Landnutzung, die die Bevölkerungsgruppen bis vor wenigen Jahren trotz zunehmender sozialer und politischer Probleme auf lokaler Ebene aushandeln konnten, solange sie nicht von Politikern und Influencern manipuliert wurden. Angesichts unserer Geschichte kann und muss gerade die Bundesrepublik Deutschland hier eine wesentliche Verantwortung übernehmen.

Im Dezember 2022

Für den VAD-Ausschuss „Sahel“:

Erdmute Alber, Helmut Asche, Maria Grosz-Ngaté, Christiane Kayser, Cornelius Oepen, Katja Werthmann- Kirscht.